

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.36 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 Pf. je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 263.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 10. November 1931.

13. Jahrgang.

Nacht und Morgen.

Ich wand mich in nächtlichem Grämen
Und habe die Stunden gezählt,
Und keiner konnte mir nehmen,
Was heimlich die Seele zerquält.

Da kam ein sonniger Morgen
Mit wunderbar leuchtender Pracht
Und hat meine törichten Sorgen
Auf einmal zunichte gemacht.

Martin Ulbricht.

Der neue Wirrwarr in Sachsen.

Dresden, November 1931.

In ein neues kritisches Stadium ist nunmehr das Land Sachsen durch die Einbringung des Volksbegehrens auf Landtagsauflösung durch die kommunistische Partei geraten. Die radikale Linke fühlt sich mit einem Male stark genug, den Entscheidungskampf zwischen der politischen Rechten und Linken herauszufechten. Die erhöhte Wirtschaftsnot, unter der Sachsen zu leiden hat, mag den äußeren Vorwand zu diesem unglücklichen Experiment gegeben haben, in der sicheren Erwartung, daß der kommende Winter die beste Gelegenheit für eine Radikalisierung der Massen bieten werde. Sachsen steht somit vor ernststen Entscheidungen. Ueber den Erfolg des Volksbegehrens besteht kein Zweifel. Nach der sächsischen Verfassung ist ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl zur Bejahung des Volksbegehrens erforderlich; das bedeutet, da die Gesamtzahl der Stimmberechtigten rund 3,6 Millionen beträgt, einen Stimmaufwand von 360 000. Die kommunistische Partei brachte bei der letzten Landtagswahl im Juni vorigen Jahres allein 355 000 Stimmen auf, bei den 3 Monate später stattfindenden Wahlen zum Reichstag aber bereits 486 000, womit also die erforderliche Zahl zur Annahme des Volksbegehrens schon weit überschritten wäre. Es erhebt sich daher bereits mit voller Bestimmtheit die Frage nach dem Volksentscheid, der dem Volksbegehren folgen muß. Und hier spitzt sich die Lage sehr ernsthaft zu. Man muß sofort an Preußen denken. Die kommunistische Partei hofft, daß nach dem Vorbild in Preußen, wo die KPD den Reichsparteien bei der Abstimmung über den Volksentscheid zu Hilfe kam, nun auch umgekehrt in Sachsen wenigstens die Nationalsozialisten und Deutschnationalen ihnen selbst zu Hilfe kommen werden. Am Volksentscheid muß die Hälfte der Stimmberechtigten, das ist für Sachsen rund 1,8 Millionen, teilnehmen, und für seine Annahme ist die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich. Bei den wiederholt im Landtag eingebrachten Anträgen auf Landtagsauflösung haben bisher immer die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen mit den Kommunisten gestimmt. Die Nationalsozialisten brachten bei den letzten Wahlen zum Reichstag im September vorigen Jahres rund 560 000 Stimmen auf, die Deutschnationalen fast 140 000 und die Kommunisten etwas unter einer halben Million. Für alle drei Parteien zusammen ergab sich eine Stimmenzahl von 1,2 Millionen. Um den jetzigen Volksentscheid durchzubringen, müßten also die Parteien noch rund 600 000 Stimmen, das sind 50 Prozent, hinzugewinnen.

Hier beginnt die Frage nach dem Sinn oder der Sinnlosigkeit des Kampfes. Die Nationalsozialisten erwarten für sich in einem Wahlkampf einen Wählerauftrieb von rund 60 bis 80 Prozent, die Deutschnationalen einen solchen von 10 bis 20 Prozent und die Kommunisten von rund 30 bis 50 Prozent. Schon aus diesen Zahlen erkennt man den ganzen Wirrwarr der Meinungen und Hoffnungen und die Unsicherheit, auf der der Kampf aufgebaut ist. Nur dann, wenn alle Hoffnungen sich in vollem Maße ohne Einschränkung erfüllen, wäre der Volksentscheid einigermaßen sicher. Leitende Männer der beiden Reichsparteien, sowohl der Nationalsozialisten wie der Deutschnationalen, haben erklärt, daß sie sich dem Vorgehen der Kommunisten anschließen und das Volksbegehren und wahrscheinlich auch den Volksentscheid unterstützen werden. Noch vor wenigen Tagen ging das Gerücht, daß die Deutschnationalen von sich aus einen Volksentscheid in Aussicht stellten, aber es wird berichtet, daß die Haltung in der Partei nicht einheitlich sei. Die Nationalsozialisten haben ihrerseits, obwohl sie den Kampf um die Vormachtstellung in Sachsen als ihre wichtigste Aufgabe betrachten und darum stets die Auflösung des Landtags verlangten, doch auch bis heute sich nicht zu dem gewagten und gefährlichen Experiment eines Volksbegehrens entschließen können. Aus ihrem offiziellen

Organ, dem „Freiheitskampf“, wird nun ihre Haltung zu dem Antrag der Kommunisten klarer. Daraus erhellt, daß sie seit langem wohl die Absicht hatten, das Volk zur Entscheidung aufzurufen, aber der Zeitpunkt dafür sollte so gewählt werden, daß auch mit einem wirklichen Erfolg gerechnet werden konnte. Dieser Zeitpunkt scheint ihnen in gewissem Sinne jetzt gekommen zu sein. Denn wenn gleich der „Freiheitskampf“ die kommunistische Aktion als ein Verlegenheitsprodukt bezeichnet, so heißt es doch sogleich darauf: „Natürlich werden wir jede sich bietende Gelegenheit benutzen, um eine Neuwahl des Landtages herbeiführen zu lassen. Man sei sich darüber klar, daß diese Maßnahme noch lange nicht eine Entscheidung in dem Sinne bringt, wie wir sie erwarten und immer gefordert haben. Nachdem jetzt der Stein ins Rollen gebracht worden ist, und die KPD (deren Beteiligung bisher sehr fraglich war — siehe Preußen!!!) die Aktion mitmacht, kann der Kampf beginnen.“ Ihr bemoostes Karpfen des Parlamentstümpels, es kommt Leben in den Teich. Die Fische werden auch beißen.“ Wir haben es hier mit einem ersten Ausbruch bestimmter Gefühle zu tun, und die Gesamthaltung der Partei ist damit noch nicht festgelegt. Es gibt auch Besonnenere in ihr. Was die übrigen bürgerlichen Parteien anbelangt, so kommt von diesen keine ernsthaft für die kommunistische Aktion in Frage, denn sie stützen das gegenwärtige Kabinett, das sie trotz aller Mängel für das beste seit der Revolution halten. Die Sozialdemokratie wird sich ebenfalls unter keinen Umständen für den Volksentscheid erklären, sie hat sich seit den letzten Wahlen bei allen Abstimmungen im Landtag gegen eine Landtagsauflösung ausgesprochen. Dafür bleibt den Kommunisten noch die Hoffnung auf die neue Partei der Linksozialisten. Diese müßte nun zum erstenmal beweisen, wie weit ihr Einfluß in den Massen reicht; da sie gerade in den industriereichsten Gegenden ihre Positionen hat, wo auch die KPD am stärksten ist, so hofft diese, daß die linkssozialistische Agitation nicht geringe Gewinne für sie bringen werde. Aber die neue Partei dürfte sich vorläufig zurückhalten, schon um des „guten Namens“ willen, und um die Trennung zwischen KPD und SPD nicht von vornherein zu verwischen.

Man mag die Dinge nehmen wie man will, die kommunistische Aktion wird das Land schwer erschüttern. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Durchführung des Volksbegehrens und Volksentscheids liegen zudem in Sachsen so verwirrt, daß den streitenden Parteien eine überaus lange Zeit für die Führung des Kampfes zur Verfügung steht. Wenn das Gesetz die längsten Fristen wahr, so wird das Volksbegehren kaum vor Januar nächsten Jahres zur Durchführung kommen und der Volksentscheid kaum vor April. Das Land steht also in der Tat einem aufregenden Winter bis weit in das Frühjahr hinein entgegen. Und wenn man bedenkt, daß mit dem Abschluß des Volksentscheids, falls er zugunsten der Antragsteller verlaufen sollte, mit der Auflösung des Landtages noch erst recht der eigentliche Wahlkampf zum neuen Landtag beginnt, so wächst die Möglichkeit für Gefahren und Unruhen bis zu einem hohen Maße an. Man möchte nur wünschen, daß nicht nur in Sachsen alle Parteien sich der Verantwortung um Ruhe und Ordnung, die sie dem Lande schulden, aufs höchste bewußt werden und ihre endgültige Entscheidung ohne alle Leidenschaft treffen, sondern daß auch von neuem das Reich aus diesem sächsischen Beispiel die Lehre ziehe, mit größter Beschleunigung alles zu tun, was die Hemmungslosigkeit in der Agitation unterbindet, und das Wirtschaftselend der Massen und damit auch ihre radikale Gesinnung zu mäßigen in der Lage ist.

Im Zusammenhang mit dieser rein politischen Krise sei noch eine andere bemerkenswerte Erscheinung erwähnt. Soeben wird eine aufschlußreiche, aber zugleich traurige Statistik über die Bevölkerungsbewegung des Freistaates Sachsen veröffentlicht. Danach wird Sachsen, wenn die Entwicklung so weiter geht, in nicht allzu ferner Zeit auf dem Aussterbeetat stehen. Bereits jetzt, d. h. in der ersten Hälfte des laufenden Jahres, ist in elf größeren Städten des Landes kein Ueberschuß der Lebendgeborenen mehr über die Gestorbenen zu verzeichnen. Wenn auch die übrigen Teile des Landes noch günstiger dastehen, so weist doch der Gesamtdurchschnitt einen mehr als 50-prozentigen Rückgang dieses Ueberschusses im Vergleich zum Vorjahr auf. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres konnte wenigstens noch ein Mehrbestand von 12 500 gezählt werden, während heute dieser Bestand nicht mehr an die 6000 herankommt. Die Geburtenzahl hat seit Jahren eine dauernde Abnahme erfahren und scheint nun einen Rekord aufstellen zu wollen.

Dr. A.

Warum mit Brüning?

Nachdem, was die Meinungsverschiedenheit um den christlichen Volksdienst betrifft, mehrere Kritiker desselben Wort gekommen sind, geben wir auch noch zwei Anhängern des Volksdienstes Raum, ihre Meinung zu sagen. Es wird ja nicht möglich sein, zu einer einheitlichen Auffassung über das Abhängigkeitsverhältnis unter den Parteien und auch nicht über das, was man Verrat am deutschen Volke nennt, zu kommen. Wenn keine überzeugenden Gesichtspunkte mehr vorgebracht werden, müßten wir hiermit diese Aussprache schließen.

Es ist geradezu erstaunlich, zu sehen, wie verschieden doch die Meinungen darüber sind, in welcher Weise unserem armen deutschen Volke in der gegenwärtigen Not geholfen werden kann. Das zeigen uns auch die drei Entgegnungen im „Aufwärts“ Nr. 258 auf einen Artikel des Reichstagsabgeordneten D. Mumm vom Christl. Volksdienst.

Das Kabinett Brüning soll sich in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie befinden. Wie man das beweisen will, ist nicht recht verständlich, denn alle bisherigen Handlungen des Kabinetts müßten dann doch ganz anders aussehen. Die Wählerschaft der Sozialdemokratie besteht doch zum allergrößten Teile aus Arbeitern und deren Angehörigen. Ich erlaube mir nun doch die Frage: Werden durch die Notverordnungen nicht gerade die Arbeiter am fühlbarsten getroffen? Ist es nicht so, daß die jetzige Regierung der SPD durch die Notverordnungen eine Belastung auferlegt hat, die diese nicht tragen konnte (Spaltung)? Ein nationalsozialistischer Führer hat doch vor einiger Zeit noch erklärt, daß das „Karnikel Braun“, also die SPD, sich im Banne der „Brillenschlange Brüning“ befände und jenes ausführe, was diese wollte. Hier wird doch festgestellt, wenn auch in wenig geschmackvoller Art, daß von einer Abhängigkeit der Regierung von der SPD nicht die Rede sein kann. Wer hat denn früher immer gefordert: Mehr Macht dem Reichspräsidenten, sowie Beseitigung des überprüften Parlamentarismus? Nicht die SPD, und doch ist beides heute Tatsache.

Es ist nicht meine Absicht, eine Lanze für die Sozialdemokratie zu brechen. Ich weiß, wieviel sie zu der heutigen Lage beigetragen hat (Pumpwirtschaft usw.), aber gerecht soll man sein. Steckt unsere Privatwirtschaft nicht auch bis über die Ohren in Auslandsschulden? Diese Kreise gehören doch zu einem großen Teile zur „Nationalen Opposition“? Sie haben aber Anleihen aus dem Auslande aufgenommen, Maschinen angeschafft usw. (Rationalisierung), und der deutsche Arbeiter liegt auf der Straße. Annähernd 2 Milliarden Mark Zinsen jährlich hat die Privatwirtschaft an das Ausland zu zahlen. Wieviel deutsche Arbeiter könnten von diesem Gelde ihr Brot haben, wenn nicht in dieser Weise rationalisiert wäre! Der Wahrheit wegen muß doch auch dies gesagt werden. Eine allgemeine Sozialisierung herbeizuführen, daran denkt wohl kaum jemand im gegenwärtigen Reichskabinett, aber es sollte doch auch jeder in den letzten Jahren soviel gesehen haben, daß uns das Heil von der Privatwirtschaft auch nicht kommt. Es muß da irgendein Ausgleich geschaffen werden.

Bei der heutigen Regierung handelt es sich nicht wie bei den früheren um eine Koalitionsregierung, sondern um ein Kabinett, welches in ganz besonderer Weise vor dem Vertrauen des Reichspräsidenten getragen wird. Dieses Kabinett Hindenburg-Brüning ist frei von Sozialisten. Wenn die Sozialdemokratie es bei der Abstimmung mit unterstützt hat, kann man doch darum nicht das Kabinett verurteilen. Wie sieht denn die andere Front aus, die gegen das Kabinett gestimmt hat? Eine Koalition von Harzburg bis Moskau. Eine Front, die wohl eine Regierung stürzen, aber keine neue aufbauen kann. Einigkeit besteht noch nicht einmal unter den nationalen Parteien.

Dieses war und ist noch die Sorge vieler Deutscher, und viele, viele Volksdienstwähler haben aufgetaucht, daß alle ihre Reichstagsabgeordneten (ohne Fraktionszwang, den der Volksdienst gottlob nicht kennt) gegen diesen Umsturz waren. Wer etwas umstürzt, ehe er sagen und zeigen kann, was nachher kommt, übt Verrat am Deutschen Volke. Wir rechnen es den Abgeordneten des Volksdienstes hoch an, daß nicht die Frage: Was sagen unsere Wähler bei der nächsten Wahl dazu? ausschlaggebend gewesen ist, sondern die Sprache des christlichen Gewissens. Das ist Volksdienst. Mögen einige Wähler, die vielleicht gar nicht den Volksdienst verstehen können, aus mancherlei Gründen abschwenken, dafür werden andere um so treuer in der Fürbitte und fester im Vertrauen zu diesen Führern stehen, weil sie eben nicht gefragt haben: was kommt danach für die Partei? Der

eine fragt: Was kommt danach? Der andre: Was ist recht? Und also unterscheidet sich der Freie von dem Anecht.

Wer aufmerksam die Parteiblätter der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei liest, sieht wirklich nicht eine einheitliche klare Zielsetzung, die einem Mut machen könnte, sich vertrauensvoll dieser Front anzuschließen. Hier bestehen doch z. B. in der Behandlung der sozialen Fragen (soziale Gesetzgebung, Tarifrecht) unüberbrückbare Gegensätze und der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft ist nun mal nicht der Meinung, daß die Industrieführer, die doch sehr stark in Harzburg vertreten waren, die sozialen Fragen in gerechter Weise lösen werden.

Dann ein kurzes Wort zur „Unterstützung der Gottlosenbewegung im 2. Artikel des Eth. Es gibt eine organisierte Gottlosenbewegung. Die findet ihre Stütze in den Linksparteien, weil man das sieht und weil diese Organisation den Kampf gegen alles uns Heilige aufnimmt, können wir dagegen auftreten. Das ist gut so. Das Traurige aber ist, daß den Linksparteien oft Gottlosigkeit vorgeworfen wird von Parteien, die bei ihren Entscheidungen auch wenig nach Gottes Wort fragen. Ich muß es offen sagen: Es gibt in den Rechtskreisen doch auch viel Christusfeindschaft und Gottlosigkeit. Man hat Brüning im Reichstag das beste Zeugnis ausgestellt. Von Leuten, die ihn persönlich kennen, wird er als ein richtiger Christ geschildert. Ist es nun ein Verbrechen, zu dem katholischen Brüning ebenso viel Vertrauen zu haben, wie zu dem katholischen Hitler?

Für die heutigen Missetaten kann das gegenwärtige Kabinett nicht verantwortlich gemacht werden. Es hat sie übernommen und wird große Mühe haben, die Schuld der Vorgänger zu sühnen. Wer ehrlich ist, muß zugeben, daß der Regierung Hindenburg-Brüning auf außenpolitischem Gebiet ein Erfolg beschieden ist, wie wir alle es im vorigen Jahre noch nicht zu hoffen gewagt haben. Der Weg zur Freiheit führt selbstverständlich über Dornen und Steine. Wer es dem Volke anders sagt, ist unehrlich. Ich rechne es der Regierung hoch an, daß sie uns die Not klar zeigt. Das ist früher nicht geschehen. Hoffen wir, daß die schweren Lasten, die ein für die Freiheit streitendes Volk zu tragen hat, gerecht verteilt werden auf alle Schultern nach ihrer Leistungsfähigkeit. Das ist notwendig, um ein einiges Volk zu werden. Vergessen wir aber nicht, daß Menschenkraft allein nicht ausreicht. Zurück zu Gott, dann wird er sich auch uns wieder zeigen und unser Helfer und Bundesgenosse werden.

H. Scheele, Quelle.

Mit gutem Gewissen!

Es ist die Tragik der Evangelischen unseres Volkes, daß bisher die evangelischen Belange von wirtschaftlich eingestellten Parteien „auch mit“ vertreten wurden. Die Folgen dieser Haltung sehen wir deutlich. Ist es nicht Schuld der Evangelischen, wenn ihre Interessen infolge dieser „Vertretung“ je länger je mehr zurückgehen?

Die drei Antworten auf den Artikel von D. Mumm im Aufwärtss fordern zu einer Entgegnung heraus. Wenn in den Artikeln mehr oder weniger auf die Regierung Brünnings als einer Koalitionsregierung hingewiesen wird, so sollte es doch heute jeder wissen, daß wir eine solche nicht haben, das ist ja gerade das Neue, daß die jetzige Regierung an keine Partei gebunden ist, auch

nicht durch das Vertrauen einer Partei berufen, sondern allein durch das Vertrauen des Reichspräsidenten.

Es scheint auch viel zu wenig bekannt zu sein, daß katholische Minister ausgebootet sind und dafür evangelische hereingenommen. Es ist sachlich auch nicht richtig, daß die Regierung Hindenburg-Brüning die Interessen der Sozialdemokratie zu stark berücksichtigt hätte, umgekehrt ist es richtig, gerade durch die starke nationale Haltung der Regierung Hindenburg-Brüning ist die Sozialdemokratie vor ihren Wählern auf das stärkste belastet, so daß sie am Zusammenbrechen ist, denn gerade von der Arbeiterschaft wurden bei den Notverordnungen stärkste Opfer verlangt, so daß der Volksdienst energisch bei dem Kanzler vorstellig geworden ist, um unbillige Härten zu streichen. Der Regierung Hindenburg-Brüning Linkskurs vorzuwerfen, ist ungerecht; gewisse rechts gerichtete Kreise haben diesen Linkskurs auch erst dann, als durch die Notverordnungen die Banken- und Börsenaufsicht kam, als die Aufsichtsratsposten beschränkt und die hohen Pensionen und Gehälter beschnitten wurden; da erst schrie man: Das Vaterland ist in Gefahr. Ehrlich hat es die Regierung Hindenburg-Brüning versucht, die furchtbaren Lasten, die getragen werden müssen, nach der Tragfähigkeit gerecht zu verteilen. Daß hierbei der Volksdienst ehrlich mitgearbeitet hat, wird ihm kein gerecht Denkender zum Vorwurf machen. Man darf bei der ganzen Beurteilung der Regierung Hindenburg-Brüning Reichs- mit preussischen Verhältnissen nicht verwechseln, wie es oft geschieht und wie es die Artikelschreiber ansehend auch tun. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Auflösung der Tributfolge (Hoooverplan usw.) durch das Ausland ein Verdienst der Regierung Hindenburg-Brüning ist; wer diesen Erfolg bestrittet oder als Bagatelie hinstellt, ist unsachlich. Daß auch hierbei der Volksdienst mitgeholfen hat, darf wohl gesagt werden. Die Regierung Hindenburg-Brüning, die doch auch der Liquidator einer verfehlten zwölfjährigen Wirtschaftspolitik ist, darf man doch nicht als die Schuldigen dieser Politik hinstellen.

Die Regierung Hindenburg-Brüning zeigte uns erst die furchtbare Wahrheit, daß wir ein armes, ein bettelarmes Volk sind und daß der Weg zur Freiheit durch bitterste Not geht. Wer unserem Volke einredet, ein anderer Weg wäre möglich, der treibt es in noch größere Not und in immer stärkere innere Zerrissenheit. Hierzu kann der Volksdienst seine Hand nicht bieten. Die Erkenntnis, daß der Volksdienst eine Politik aus stärkstem reformatorischen Verantwortlichkeitsgefühl treibt, wird leider bei den Evangelischen noch nicht verstanden, wie ja alles Neue schwer verstanden wird, denn wenn die Belange des evangelischen Volksteils nur immer von anderen wirtschaftlich eingestellten Parteien „auch mit“ vertreten werden, befürchte ich, daß dies zu Ruß von Rom und Moskau geschieht.

Wenn eine Partei für sich in Anspruch nehmen kann, bei den Abstimmungen nicht auf die Stimmungen in den Kreisen seiner Wähler geachtet zu haben, sondern gehandelt hat aus höchstem waterländischen Verantwortlichkeitsgefühl, dann ist es der Volksdienst, das geben auch viele Gegner persönlich und in der Presse rückhaltlos zu, auch daß bei den Notverordnungen in der Abstimmung der Volksdienst eine kluge zielklare Haltung eingenommen hat.

Mögen dem Volksdienst auch Stimmen verloren gehen, viele, die guten Willens sind, an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu helfen und die sich nicht beirren lassen von den Angriffen von links und rechts, werden ihm zufließen.

Wellmann.

Die Heilige des Hessenlandes.

M. Weber.

Nicht neben dem Hochaltar der Elisabethkirche in Marburg steht ein Celebrantenstuhl, der für die beim Altardienst beschäftigten Priester bestimmt war. Der Baldachin, der diesen Stuhl deckt, ist reich mit prächtigen Schnitzereien verziert. Er endet in drei offenen Türmchen, in denen drei Statuen stehen. Die mittlere stellt die heilige Elisabeth dar, über deren Grab die Deutschherren ja einst die herrliche Elisabethkirche bauten. Wer diese Statue einmal gesehen hat, wird sie gewiß nicht wieder vergessen. Im kalten reichen Mantel, den sie mit dem Rock zusammen ein wenig geschnürt hat, vom Wirtenschleier umwogen, steht die Heilige da. Auf der linken Hand trägt sie ein getreues Modell der Elisabethkirche, während sie die rechte Hand einem Bettler hinstreckt, der vor ihr an der Erde kauert und sie flehend anschaut. Ihm ist auch das wunderbar schöne, feine Gesicht zugewandt, aus dem Güte und Milde strahlt. Wahrscheinlich stammt diese Statue aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts. Der Meister, der sie bildete, hat die heilige Frau nur aus den Berichten der Chroniken und den mündlichen Ueberlieferungen des Volkes gekannt. Er hat sie so dargestellt, wie sie 250 Jahre nach ihrem Tode im Gedächtnis des Volkes lebte. Ihr Bild ist in den Jahrhunderten nicht verwischt worden, sondern ist heute noch in derselben Lieblichkeit und Anmut lebendig. Die Heilige Elisabeth ist eine Gestalt, die nicht verschwinden konnte mit ihrer Zeit. Sie lebte weiter und wird weiter leben. Die große Güte und Milde, die tiefe, reiche Liebe und Freundlichkeit, die glühende Hingabe und Aufopferungsfähigkeit, die ihr eigen waren, sind ja Eigenschaften, nach denen sich alle Zeiten und Geschlechter gesehnt haben, nach denen auch unsere Zeit — vielleicht ganz unbewußt — sich sehnt und sucht. Sie machen Elisabeth zu der zeitlosen und konfessionslosen Heiligen, die im deutschen Volke nicht vergessen werden kann.

Siebenhundert Jahre sind am 19. November vergangen seit dem Tage, an dem sie äußerlich arm und elend, verlassen und einsam, erst 24 Jahre alt, in einem armenigen Bretterhaus vor den Toren Marburgs starb. Es war ihr ein solches für menschliche Augen überaus trau-

riges Ende nicht an der Wiege gesungen worden. Als eines reichen Königs Tochter war sie ja geboren, eines mächtigen deutschen Landgrafen Ehegemahl war sie geworden. Wer hätte ihr da ein solches Ende vorausgesagt? Zum Schluß ihres Lebens war sie in die Tiefen des Leidens und Jammers geführt worden. Doch sie versank nicht darin, sondern rang sich empor und ward das, was sie unvergessen macht: die liebe Heilige des Hessenlandes.

Es ist nicht leicht, sich ein klares Bild von der Landgräfin Elisabeth von Hessen-Thüringen zu machen. Die getreuen, geschichtlichen Ueberlieferungen aus ihrem Leben sind nur ganz gering. Wohl gibt es vielerlei Chroniken und Berichte, die sich auch mit den kleinsten und intimsten Begebenheiten ihres Lebens beschäftigen. An ihnen merkt man jedoch zu genau, daß die Schreiber stets die Absicht hatten, die Landgräfin als Heilige darzustellen. Wer sich aber ein wenig müht, der kann auch an diesen mit oft grellen, dick aufgetragenen Farben gemalten Bildern noch manche echt menschliche, ganz rührend liebe Züge finden, die ein wenig den Werdegang und die Entwicklung dieser Frau zeigen.

Wer Elisabeth verstehen will, der muß sich in ihrer Zeit umsehen. Sie war ein Kind dieser Zeit. Eine unbegreifbare Sehnsucht, ein Drang zu Gott hin, ein Suchen nach dem Höchsten ging in jener Zeit durch die Menschheit. Diener Gottes zu sein, in aufopferungsvoller Liebe für die Brüder zu leben, in völliger Hingabe alles Eigenen sich dem Herrn weihen, das war das Ziel, das Streben vieler. Es sind die verschiedensten Gestalten aus folchem Streben geworden. In Italien warf der reiche Kaufmannssohn seines Vaters Geld und Gut hin und ward ein Bettler. Nur aus der Sehnsucht, sich Gott hinzugeben, wurde Franz von Assisi der heilige Franziskus, dem in glühender Begeisterung große Scharen nachschickten. Aus demselben Drang heraus ward ein Konrad von Marburg, der fanatische Ketzerverfolger, der gefürchtetste und gehäßteste Dominikaner seiner Zeit. Es ist gewiß von großer Bedeutung, daß dieser Mann in den letzten Lebensjahren der Reichthümer Elisabeths gewesen ist. Steht er auch wie ein dunkler Schatten neben ihrer lichten schönen Gestalt, so finden wir doch an ihm gerade in seinem Verkehr mit seinem Reichthümchen manches, was uns ihn etwas verstehen läßt. Welche schlichten, ergreifenden

Die Versorgungsanwärter

13 000 Soldaten haben ausgedient.

In den nächsten Wochen kommen im Reichsheer und in der Marine 13 000 Soldaten zur Entlassung, deren zwölfjährige Dienstzeit abgelaufen ist. Das ist die höchste Zahl von Versorgungsanwärtern, die die Reichswehr bisher zu verzeichnen gehabt hat, und die nun, mitten in der Wirtschaftskrise, auf Anstellung warten.

Wie die Dinge liegen, ist leider zu befürchten, daß die Hoffnungen, die sich so mancher Versorgungsanwärter — früher Militärkandidat genannt — bei seinem Eintritt in den Heeresdienst gemacht hat, vielfach sich nicht erfüllen werden. In der Vorkriegszeit konnte allen Besitzern eines Zivilversorgungsscheines eine sichere Stätte des Wirkens garantiert werden. Anders heute. Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichstage eine Denkschrift über den Stand der Zivilversorgung vorgelegt, die sich vornehmlich mit der Zivilversorgung in den Jahren 1923 bis 1929 befaßt. Da ist insbesondere die Feststellung wertvoll, daß die Zahl der Stellen, die tatsächlich mit Versorgungsanwärtern besetzt worden sind, sich auf 63 864 beläuft. In nicht den Anwärtern vorbehaltenen Stellen wurden 11 436 Personen untergebracht. Das sind zusammen 75 300 Versorgungsanwärter, denen Beschäftigung gegeben werden konnte. Ende 1927 konnten 35 500, Ende 1928 36 000 und Ende 1929 37 000 noch nicht in die Beamtenstellen einberufen werden.

Die Versorgungsanwärter wollen alle Beamte werden. Es ist aber die Frage, ob dieses Sehnen rasch Erfüllung finden wird. Selbst die letzte preussische Notverordnung vom 12. September 1931, die in Kapitel 5 Paragraph 4, Ziffern 1 und 2, die Stellen vorbehalte der Versorgungsanwärter, und zwar 75 v. H. aller Stellen den Gruppen 3 bis 5 und 66% vom Hundert den Gruppen 6 und 7 sichern will, bietet noch keine Gewähr, daß die Versorgungsanwärter an Zahl wesentlich abnehmen. Die bereits erwähnte Denkschrift stellt nämlich mit Bedauern fest, daß den Versorgungsanwärtern durchaus nicht überall Tür und Tor geöffnet werde. Aber abgesehen davon, stehen ihnen ja auch nur die in behördlichen Betrieben freierwerbenden Stellen in den vorstehend genannten Prozentfögen zu. Eine Entlassung von Angehörigen zu dem Zwecke, an ihre Stelle Versorgungsanwärter zu setzen, kommt nach den geltenden Vorschriften nicht in Frage.

Ansichts des Mangels geeigneter Stellen im Staatsdienst erscheint es im Interesse der Versorgungsanwärter dringend geboten, die Frage zu prüfen, inwieweit es möglich ist, der Forderung der vermehrten Anstellung auscheidender Heeresangehöriger Rechnung zu tragen. Das Reichswehrministerium hat sich auch schon einmal mit diesem wichtigen Problem befaßt. Es war in Aussicht genommen, insbesondere die nicht erberechtigten Bauernhöfe im Osten Deutschlands, also gewissermaßen im Rahmen des großen Umsiedlungsprogramms anzusiedeln. Die Siedler sollten bereits während ihrer Militärzeit vorbereitet und dann in geschlossenen Siedlungen festhaft gemacht werden. Auch plante man die Selbstmachung von Handwertern, die aus dem ehemaligen Soldatenstande kommen. Niemand ist geeigneter zur Ansiedlung als diese zweiten und dritten Bauernsöhne! Die ihnen zustehenden ansehnlichen Abfindungsbeträge und Uebergangsgehälter müßten entsprechend kapitalisiert werden. Zudem hätte der Staat die Pflicht, gerade den Versorgungsanwärtern in der Frage der Ansiedlung möglichst viel Erleichterung zu verschaffen. Dort wo eine Uebernahme oder Erweiterung des elterlichen Besitzes durch Anliegersiedlung nicht möglich ist, bietet auch die Neusiedlung auf altem und neuem Kulturboden die Möglichkeit zur Schaffung von Wirtschaftsmöglichkeiten. Aber auch denjenigen Versorgungsanwärtern, die nicht vom Lande kommen, sollte während ihrer Dienstzeit Gelegenheit gegeben werden, sich auf die landwirtschaftliche Erwerbsfindung vorzubereiten. Die eingerichteten Fachschulen und Musterhöfe für die Heeresangehörigen bieten schließlich allen Siedlungslustigen eine ausgezeichnete Ausbildungsmöglichkeit. Soll das große nationale Siedlungswerk aelnaen, dann dürfte

(Fortsetzung folgt.)

es sich empfehlen, den politisch und wirtschaftlich weitsichtigen Spuren eines Friedrich des Großen zu folgen. Er schuf 905 Ortschaften, und die Zahl der Siedler, die er ansetzte, betrug etwa 320 000. Kostenlose Abgabe von Land, billige Lieferung von Baumaterial, Baugeldzuschüsse und Steuernachlässe boten damals die Anziehungskraft für die

Siedlungslustigen. Aus den hunderttausenden von Kolonistengeschlechtern dieser Zeit sind später die Kämpfer der großen Befreiungskriege hervorgegangen. Gerade der Versorgungsmannschaft erscheint uns auf Grund seiner Herkunft und Erziehung für die ländliche Siedlung besonders geeignet.

Osthilfe-Notverordnung.

Fortfall der preussischen Mitwirkung. — Die Kompetenz Schlanges.

Reichspräsident von Hindenburg hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung zur Sicherung der Osthilfe erlassen, die in drei Paragraphen neue Bestimmungen über die Durchführung der Osthilfe trifft.

Im Paragraph 1 werden eine Reihe von Vorschriften des Osthilfegesetzes vom 31. März 1931 gestrichen, und zwar diejenigen, in denen das Zusammenwirken Preußens und des Reiches besonders verankert war. Damit wird also das bereits angekündigte Ausscheiden Preußens aus der Osthilfe bestätigt.

Immerhin sieht Paragraph 2 der neuen Verordnung vor, daß nicht nur die Reichs-, sondern auch die Landes- und Gemeindebehörden sowie andere Körperschaften des öffentlichen Rechts den mit der Durchführung der Osthilfe betrauten Behörden und Stellen jede zur Durchführung ihrer Aufgaben dienliche Verwaltungshilfe unentgeltlich zu leisten haben.

Im Paragraph 3 sieht die Reichsregierung in Abänderung früherer Gesetze bei der Beteiligung an den Treuhandstellen von den Voraussetzungen der gleichzeitigen Beteiligung und Tragung der Leistungen durch Länder- und Gemeindeverbände ab. Das Reich entlastet ferner die Länder und die Provinz Ostpreußen von den im Rahmen der alten Ostpreußenhilfe 1927/28 der Notverordnung vom 26. Juli 1930 und des Osthilfegesetzes vom 31. März 1931 übernommenen Bürgschaften. Der Reichsfinanzminister bleibt ermächtigt, zur Erhaltung der vom Reich verbürgten Hypotheken Grundstücke in der Zwangsversteigerung mittelbar oder unmittelbar zu erwerben und sie durch eine geeignete Stelle verwalten zu lassen. Im ganzen bedeutet also dieser Paragraph, daß das Reich außer den Verpflichtungen des Osthilfegesetzes auch alle Sonderbürgschaften für Ostpreußen übernimmt.

Ueber die Aufgaben des neuernannten Reichskommissars für die Osthilfe Schlang-Schönungen unterrichtet folgender Erlaß des Reichspräsidenten:

Zur einheitlichen Durchführung der zur Vinderung der Not in den Ostgebieten vorgesehenen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Entscheidung wird ein Reichskommissar für die Osthilfe bestellt. Der Reichskommissar hat ferner die Aufgabe, auch bei den übrigen Maßnahmen zur Vinderung der Not in den Ostgebieten, wie sie insbesondere im Abschnitt A des Osthilfegesetzes vorgesehen sind, auf eine einheitliche Politik der Reichsregierung und der beteiligten Länderregierungen hinzuwirken. Der Reichskommissar untersteht dem Reichskanzler. Die durch Erlaß vom 14. August 1930 errichtete Osthilfe wird aufgelöst. Ihre Aufgaben gehen auf den Reichskommissar für die Osthilfe über. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Erlasses.

Zwischenbilanz der Osthilfe.

Reichsminister Treuhaus über die bisherige Arbeit der Osthilfe.

Der bisherige Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsverkehrsminister Treuhaus, nahm Gelegenheit, vor Vertretern der Presse ergänzende Mitteilungen zu der neuen Ost-

hilfe-Verordnung zu machen. Seine Ausführungen galten zum Teil der Rechtfertigung der Entscheidungen der Osthilfestelle und brachten insofern neue Gesichtspunkte. Man habe ursprünglich, so betonte er, die Hilfsaktion mit einer Auslandsanleihe durchführen wollen. Das sei gescheitert. So habe man die Preußentasse und die Rentenbank-Kreditanstalt herangezogen. Die Preußentasse habe den zunächst vorgesehenen Betrag von 50 Millionen Mark aber bald auf 25, dann weiter und schließlich auf drei Millionen Mark gekürzt.

Die Osthilfe sei gedacht gewesen als eine Ablösung aller Kredite durch neues Geld. Nachdem die Beschaffung dieses Geldes nur allmählich und in geringem Umfang möglich sei, habe man das Ziel durch Hingabe von Ablosungs- und Verpflichtungsscheinen zu erreichen gesucht. Die Forderungen nach Zinssubventionen des Reiches sei angesichts des Geldmangels unerfüllbar.

Im alten Umschuldungsgebiet habe man 52 960 Anträge mit 561 Millionen Mark Umschuldungssumme, im neuen Gebiet 19 000 Anträge mit 410 Millionen Mark registriert. Davon seien im alten Gebiet 31 999 Anträge mit 398 Millionen Mark bewilligt worden. Im neuen Gebiet sei ein Gesamtbetrag von 300 Millionen Mark zu erwarten. Die Weiterentwicklung habe die Lage wesentlich verschärft.

Bei der Industriebank seien am 15. Oktober eingegangen 3000 Anträge mit 43 Millionen Mark Antragssumme. Ausgewählt wurden bisher 721 Anträge mit 9 Millionen Mark, abgelehnt 58 Anträge mit 900 000 Mark, noch bewilligt wurden 206 Anträge mit 24 Millionen Mark.

Von den Bewilligungen entfallen 94 Prozent der Anträge und 59,7 Prozent der Summe auf bäuerliche Betriebe.

Der Betriebsicherheitsfonds sei mit einem Betrag in Millionenhöhe zur Stärkung zusammenbrechender Genossenschaften und anderer Unternehmungen in Anspruch genommen worden, weil die drohenden Zusammenbrüche sonst weite Kreise empfindlich getroffen hätten.

Zur Siedlungsfrage erklärte der Minister, daß im nächsten halben Jahr monatlich 12 Millionen Mark zur Verfügung ständen. Mit diesem Betrage wolle man vor allem die alten Siedlungsgesellschaften wieder flottmachen. Im Laufe des nächsten Jahres würden dann große Landflächen bereitgestellt sein, um die Bedürfnisse der Siedlungslustigen zu befriedigen. Es würde viele Betriebe geben, die freiwillig auf einen Teil ihres Landbesitzes verzichten müßten, wenn sie überhaupt noch rentabel arbeiten wollten.

Die Frage der Weiterentwicklung der Osthilfe sei insofern in der Schwebe, als nach dem Osthilfegesetz die Mittel der Industriebank ausschließlich für zweite Hypotheken zur Umschuldung zur Verfügung stehen dürften, jetzt angesichts der Lage der ersten Hypotheken in Kürze aber eine Entscheidung darüber getroffen werden müsse, wie man die Landschaften in die Lage versetze, die ihnen bei Zwangsversteigerungen zufallenden Landstücken zu verwerfen.

Der Verband niederschlesischer Industrie- und Handelskammern ist auf das ernste befohlen über den in erschreckender Weise zunehmenden Verfall der schlesischen Wirtschaft. Industrie und Handel der Provinz, mit der einheimischen Landwirtschaft aufs engste verbunden, überdies durch die Grenzziehung und die völlig veränderte Struktur im Osten noch besonders schwer geschädigt, befinden sich in gleicher Notlage.

Um eine gänzliche Erschöpfung der wirtschaftlichen Kräfte unserer Ostmark zu verhüten, bedarf es vor allem einer durchgreifenden Entlastung sowohl des ländlichen, wie auch des städtischen und industriellen Grundbesitzes von den nicht mehr tragbaren hohen Steuern und Zinslasten.

Die Reste der Zwangswirtschaft sind alsbald zu beseitigen. Darüber hinaus müssen Ausgabenabbau und Senkung der Gesehungsstellen auch auf allen anderen Gebieten erfolgen. Vor allem müssen Industrie und Handel von den untragbaren Sonderlasten, vor allem der Realsteuern, befreit werden.

Urteil im Helldorfprozeß.

— Berlin, 9. November.

Der letzte Verhandlungstag im Prozeß gegen die wegen der Berliner Zwischenfälle am jüdischen Neujahrstag angeklagten Nationalsozialisten begann mit der Verteidigungsrede des Substituten der NSDAP, Frank II. Redner führte aus, zwischen dem großen Rahmen des Prozesses und dem kümmerlichen Ergebnis der Beweisaufnahme liege ein großer Widerspruch. Von einem Bruch des Landfriedens könne keine Rede sein, denn der gegenwärtige Staat sei gar nicht in der Lage, den Landfrieden zu wahren. Wer die NSDAP als umstürzlerisch bezeichne, beleidige den Reichspräsidenten von Hindenburg, der den Führer dieser Partei empfangen habe. Hitler gehe auf völlig verfassungsmäßige und gesetzmäßige Wege. Wer dagegen verstoße, werde aus der Partei ausgeschlossen. Die Anklagebehörde müsse zugeben, daß sie keine Beweise dafür habe, daß die Oberleitung der SA die Zusammenstöße veranlaßt oder unterstützt habe.

Als Rechtsanwalt Frank II unter Hinweis auf die Anklage vom Vortrag von einer ungewöhnlichen und ungebührlichen Stimmungsmache gegen die Angeklagten sprach, protestierte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Steinig dagegen. Der Vorsitzende bemerkte, wenn eine Zurechtweisung notwendig gewesen wäre, hätte er einschreiten müssen.

Nach den Ausführungen RA. Frank II, die mit den Worten schlossen: „Wir hätten die Macht, einen Sturm zu entfesseln, der über Deutschland braut. Aber es ist unter

Wille und Wunsch, auf streng gesetzmäßigem Wege die Macht zu übernehmen.“ sprachen noch die Rechtsanwälte Freijeler und Dr. Sack, die die Freisprechung sämtlicher Angeklagten forderten.

Im Anschluß daran erhielten die Angeklagten das Schlusswort.

Uebereinstimmend erklärten sie, sie seien unschuldig und forderten ihre Freisprechung. Graf Helldorf führte dabei noch aus, wenn es wahr wäre, daß er seine Leute in die Demonstration geheißen hätte, dann wäre er sofort seines Amtes enthoben worden. Durch sein Erscheinen am Kurfürstendamm habe er die dort versammelten SA-Leute in ihrem Vorhaben nicht unterstützt, sondern sie im Gegenteil davor bewahrt, Unbesonnenheiten zu begehen. Noch einmal vor dieselbe Frage gestellt, werde er genau so handeln, wie er am 12. September gehandelt habe. Ähnlich äußerte sich der Angeklagte Ernst dahin, hätte er der Demonstration fernbleiben wollen, nachdem er davon erfahren habe, dann wäre das Feigheit gewesen.

Nach vierstündiger Urteilsberatung verkündete das Gericht das Urteil. Es wurden verurteilt: Graf Helldorf und Stabschef Ernst wegen einfachen Landfriedensbruchs unter Freisprechung von den übrigen Anklagepunkten zu je sechs Monaten Gefängnis, ferner wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von je 100 Mark; Brandt zu sechs, Damerow zu drei und Schulz zu vier Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten Hell, Hagemeister und Sameroff wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. — Die Angeklagten Graf Helldorf und Ernst wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen.

Begründung des Helldorf-Urteils.

Der Vorsitzende bemerkte, daß für das Gericht politische Gesichtspunkte von vornherein ausscheiden müßten. Die Zahl der Teilnehmer an den Krawallen habe wahrscheinlich 1500 betragen, von denen nach Helldorfs Schätzung 500 Personen Nationalsozialisten aus etwa zehn verschiedenen Stämmen gewesen seien. Ein Teil der Demonstranten wolle wahrscheinlich wegen des Hungers demonstrieren. Ein wesentlicher Teil habe sich anlässlich des jüdischen Neujahrstages auf dem Kurfürstendamm getroffen. Nach der Uebersetzung des Gerichtes sei der Plan im Laufe des 12. Septembers entstanden und habe sich dann unter den Demonstranten herumgesprochen. Dann allerdings hätten die einzelnen Gruppen planmäßig gehandelt. Daß das Ganze ein Plan des Oberführers gewesen sei, habe das Gericht nicht angenommen. Rädelsführerschaft sei bei keinem der Angeklagten angenommen worden. Andererseits sei aber ermittelt worden, daß sich die verurteilten Angeklagten des einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht hätten.

Amerika und die Kurzkredite.

— New York, 9. November.

Zwischen den führenden amerikanischen Bankhäusern, die an der Stillhaltung in Deutschland interessiert sind, finden zur Zeit Verhandlungen über die Vereinbarungen statt, die das jetzige Stillhalteabkommen ablösen sollen. Den Beratungen liegen zwei deutliche Vorschläge zugrunde, von denen der des Geheimrats Schmitz und ein anderer, von einem amerikanischen Großbankier gemeinsam mit einem deutschen Großbankdirektor ausgearbeitetes Projekt. Dieses sieht Rückzahlung in fünf Jahresraten vor. Die amerikanischen Banken wollen sich aber jetzt noch nicht auf diesen Zeitraum einlassen.

Das Mindeste, was sie anscheinend erwarten, ist eine Rückzahlung von 15–20 Prozent der durch die Stillhalteabkommen erfassten Kapitalien bei Ablauf des jetzigen Abkommens. Das würde aber mindestens eine Milliarde Mark an Devisen erfordern, und selbst wenn sich die Position der Reichsbank in Devisen günstiger entwickelt sollte als bisher, ist es unmöglich, ohne ernste Erschütterungen, eine Milliarde Devisen abzugeben. Mit den Exportmöglichkeiten für Devisen wäre eine solche Abziehung gar nicht in Einklang zu bringen. Daneben laufen nämlich noch die Devisenablieferungsverpflichtungen für nicht stillgehaltene Auslandsverbindlichkeiten, und sie betragen auch eine ansehnliche Summe.

Offenbar erwarten die Amerikaner jetzt neue deutsche Vorschläge.

Japans Antwort.

Räumung, wenn das Leben der Japaner gefährdet.

— Paris, 9. November.

Der japanische Botschafter überreichte Außenminister Briand die Antwort der japanischen Regierung auf das Schreiben Briands vom 29. Oktober.

Die japanische Regierung betont, daß sie entschlossen bleibe, die Entscheidung des Völkerrundrates vom 30. September auszuführen, und ihre Truppen aus dem umstrittenen Gebiet so schnell wie möglich zurückziehen werde, doch werde in der Ratsentscheidung selbst erklärt, daß Leben und Eigentum der japanischen Untertanen zu garantieren sei, wofür bei der gegenwärtigen Spannung keine Gewähr gegeben sei.

Ferner scheint das Schreiben der chinesischen Vertretung vom 24. Oktober einige Zweifel über die Absichten der chinesischen Regierung betreffend die Gültigkeit der die chinesisch-japanischen Beziehungen regelnden Verträge zu gestatten. Die japanische Regierung verlangt zum Schluß direkte Verhandlungen mit China.

Klepper preussischer Finanzminister.

Amlich wird mitgeteilt:

Der preussische Ministerpräsident Braun hat auf Grund des Artikels 45 der preussischen Verfassung den Präsidenten der preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußentasse) Otto Klepper zum Finanzminister ernannt.

Der neue preussische Finanzminister ist am 17. August 1888 in Brottterode (Kreis Schmalkalden) geboren, steht also im 43. Lebensjahre. Nach Ablegung der großen juristischen Staatsprüfung wurde er 1921 Syndikus des Reformbundes der Gutshöfe in Bad Nauheim. Mitte 1923 übernahm er das Amt eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Domänenpächterverbandes, um später nach Gründung der Deutschen Domänenbank (Deutsche Pächterkreditbank), an der er an maßgebender Stelle mitgewirkt hatte, im Oktober 1924 Vorsitzender des Vorstandes dieses Instituts zu werden. Anfang 1928 wurde Klepper zum Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ernannt.

Polen gegen das Deutschtum.

Erklärungen des deutschen Vertreters im Sejm.

Bei der Sitzung über den Haushaltsplan im polnischen Sejm erklärte in der Aussprache das Mitglied der deutschen Fraktion, Jankowski, daß neben der allgemeinen Wirtschaftsnote die deutsche Minderheit in Polen besonderen Drangsalierungen ausgesetzt sei.

In Oberschlesien habe man den Plan zur Vernichtung der deutschen Organisation noch nicht aufgegeben und zu diesem Zwecke die Liga für Menschenrechte geschaffen. Der Vorsitzende dieser Liga, Verleger einer polnischen Zeitung in deutscher Sprache, habe nun den Auftrag, Unruhe und Verwirrung in die deutschen Kreise zu tragen.

Im Auftrage von irgendwelchen Geldgebern habe diese Liga Ende August dieses Jahres auch eine Denkschrift an den Völkerrund gerichtet, in der die deutsche Minderheit als Unruhefisterin angegeben worden sei. Ähnlicher Elemente bediene man sich auch in Polen, Bommereulen und in Lodz. Es sei bezeichnend, daß man auch vor Verbrechen nicht zurücksehe, um Deutsche unschädlich zu machen.

Jankowski erinnerte dann daran, daß der polnische Außenminister Jaleski in Genf

die Verletzung der Minderheitenrechte,

zum mindesten was den obererschlesischen Teil der Wojewodschaft Schliesien anlangt, habe zugeben müssen, wobei er die Verpflichtung übernommen habe, für die Zukunft eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen.

Neue Unruhen in Warschau.

— Warschau, 9. November

In der hiesigen Handelshochschule kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen polnisch-nationalen und jüdischen Studenten. Die Handelshochschule wurde daher ebenso wie die Universität geschlossen. Im Sejm verurteilten Redner des Regierungsblochs, besonders der frühere Minister Wiedzyński, die nationaldemokratische Hege auf das Nachdrücklichste. Innenminister Oberst Bieracki erklärte, daß die Regierung keinesfalls Ausschreitungen und Unruhestörungen dulden werde.

Silberus aus Niederschlesien.

Zunehmender Verfall der Wirtschaft.

— Liegnitz, 9. November.

Auf einer Tagung des Verbandes niederschlesischer Industrie- und Handelskammern wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Letzte Meldungen.

Kommunalwahlen in Sonneberg.

Berlin, 9. Nov. In der thüringischen Spielwarenstadt Sonneberg fanden am Sonntag Kommunalwahlen statt, die, nach einer Meldung Berlinerblätter, folgendes Ergebnis brachten: Nationalsozialisten 10 Sitze (bisher 5), Bürgerliche Liste 2 (6), Sozialdemokraten 5 (7), Kommunisten 4 (3).

Tagung der Reichsjugendländ-Führer.

Berlin, 9. November. Die Führer aller im Reichsjugendländband zusammengeschlossenen Jungländbünde waren zu einer Führertagung unter dem Vorsitz des Bundesvorsitzenden Schimpert, Sachsen, zusammengetreten. Es wurde erklärt, daß man zu den organischen Gegebenheiten des Volks- und Staatslebens zurückfinden müsse. Die Selbsthilfemaßnahmen müßten in einem weiteren Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu suchen sein. Es wurde weiter betont, daß schon aus bevölkerungspolitischen und innerpolitischen Gründen die Besiedlung des deutschen Ostens niemals aus den Augen verloren gehen dürfe.

Stadtverordnetenwahlen in Bremerhaven und Vegesack.

Bremen, 9. Nov. Am Sonntag fanden in den bremischen Hafenstädten Bremerhaven und Vegesack die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. In beiden Städten verliefen die Wahlen vollkommen ruhig. Bis in die späten Abendstunden wurden keinerlei Zusammenstöße gemeldet. Das Wahlergebnis stellt sich so ähnlich wie bei allen in letzter Zeit getätigten Wahlen, Zunahme der NSDAP. und der Kommunisten.

Sperrung des Südmündschurischen Güterverkehrs wegen neuer Truppentransporte.

Schanghai, 9. November. Die Verwaltung der südmündschurischen Eisenbahn hat den gesamten Güterverkehr auf ihren Linien von Sonntag ab eingestellt. Die

Maßnahme wird mit der Anforderung von rollendem Material durch das japanische Oberkommando für die Beförderung von neuen japanischen Truppen nach der Nordmandschurei begründet. Die Sperrung des Güterverkehrs auf der südmündschurischen Eisenbahn soll vorläufig drei Tage dauern.

Beileid des Reichspräsidenten zum Tode Stimmings.

Berlin, 9. November. Anlässlich des Hinscheidens des Generaldirektors des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Dr. h. c. Carl Stimming, hat der Reichspräsident der Gattin und der Familie des Verstorbenen in einem herzlichen Handschreiben seine Teilnahme ausgesprochen.

Verurteilung im Hansmann-Prozess. In dem von dem Landrat Hansmann-Schwelm gegen den Stahlhelmsführer Gisevius angestrebten Beleidigungsprozess ermäßigte das Berufungsgericht in Düsseldorf die Geldstrafe von 300 auf 150 Mark. In der Urteilsbegründung heißt es, Gisevius habe den Wahrheitsbeweis für die dem Landrat vorgeworfenen Ausdrücke erbracht, der Landrat habe aber die deutschen Frontsoldaten nicht beleidigen, sondern das System treffen wollen. Der Landesverband Westmark des Stahlhelms hat nunmehr ein Telegramm an den preussischen Innenminister Severing gerichtet und fordert darin die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Landrat Hansmann.

Neue Bahnverbindungen für das Osthilfegebiet. Der Reichsverkehrsminister hat entschieden, daß die im Osthilfegebiet vorgesehenen Verkehrsverbindungen Gilsenburger-Neidenburg und Briege-Ramslau-Neumittelwalde nicht als Kraftfahrstrassen, sondern als Eisenbahnen gebaut werden sollen. Die Reichsbahn ist ersucht worden, auch für diese Linien die Vorarbeiten beschleunigt auszuführen.

Evangelische Arbeiterkurse

veranstaltet die Evangelisch-soziale Schule e. V. auch in diesem Winter wieder, und zwar im November und im Januar. Der nächste Lehrgang findet vom 15. November

bis 5. Dezember im Spandauer Johannesstift, und zwar wie seit 5 Jahren unter der Leitung von Dr. v. Viebahn und Arbeitersekretär Hülfert, statt.

Die Teilnehmer werden in das Wesen der heutigen Weltanschauungskämpfe vom Boden des biblisch-evangelischen Glaubens aus eingeführt, ebenso in das Wesen der Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der augenblicklichen Weltwirtschafts- und Reparationskrisis. Ferner wird eine umfassende Kenntnis der Geschichte und heutigen Gestaltung der Arbeiterbewegung (interkonfessionellen und konfessionellen) sowie der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes erarbeitet. Daneben werden staatsbürgerliche Grundfragen vom überparteilichen Boden der Schule aus behandelt.

In diesem Jahre werden neben diesem gewohnten Arbeitsstoff noch besonders die gesellschaftlichen und sachlichen Grundlagen des Arbeitsdienstes und der Erwerbslosen-siedlung eingehend behandelt. Die Kursarbeit geschieht in Vorträgen und gründlicher Stoffverarbeitung in Aussprache, schriftlichen Ausarbeitungen und Redebungen. Die abgeschlossene schöne Lage des Johannesstiftes im Spandauer Stadtwald erleichtert die straffe Arbeitskonzentration. Unterbringung und Verpflegung erfolgt im Johannesstift.

Als Teilnehmer sind evangelische Arbeiter im Alter von etwa 20 bis 35 Jahren willkommen, die sich schon in praktischer Standesarbeit in Gewerkschaft und Arbeiterverein bzw. Jugendverein usw. bewährt haben.

Anmeldungen und Auskunft bei der Evangelisch-sozialen Schule, Spandau, Johannesstift.

Hinweis.

Zu dem Artikel über Luthers Schrift „Von Kaufmann und Bucher“ bemerke ich, daß der Text der Schrift am einfachsten und verständlichsten in der neuen Calwer Luther-Ausgabe zu finden ist, von der der zweite Band soeben erschienen ist. Diese Lutherausgabe ist auch sonst wärmstens zu empfehlen.

Telle.

Viel schneller wird die Wäsche rein, weichst Du sie erst mit Henko ein!



Bitte, sehen Sie sich einmal eine gebrauchte Henko-Lösung nach dem Einweichen an. Sie werden es nicht glauben wollen,



wie sehr sie der Wäsche schon Schmutz und Flecke

entzogen hat.



Henko erspart Ihnen das mühevoll Vorwaschen,



das Einreiben und Bürsten.

Nehmen Sie zum Einweichen nichts anderes als

Henko

**zum Weichmachen des Wassers
zum Einweichen der Wäsche!**

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!

Obstbäume, Beerensträucher in besten Sorten

und sonstige Baumschulartikel

bietet an

die Gärtnerei der Anstalt Bethel

Preislisten gerne auf Wunsch.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis
wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt
zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stamm

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.
*) Nichtzutreffendes streichen.

Totensonntag

Ein vierseitiges Flugblatt zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag, eine Handreichung für alle die, die an diesem Tage an schwere und ernste Stunden erinnert werden.

Das Blatt ist geschmückt mit Bildern von Rudolf Schäfer, Bruno Zwiener und anderen und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld
Postfach: Hannover 7382

Das Stück kostet 2 Pfg. Von 100 St. an Ermäßigung.
Probenummer kostenlos.

Wo findet 16jährige Waise

Lehrstelle

in christlichem Hause, wo sie mit der Hausfrau alle Arbeiten verrichten muß? Ev. kleine Pensionszahlung.

Justizamtmann Bernitz,
Wacha (Thüringen).

Leichtlungerkrankte u. Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme bei zeitigem Preise. Liegehallen am Walde, Zentralheizung usw.
Karlheim Frau Dr. Brandner,
St. Blasien.

Welcher

entschied. Christ würde sich mit ca. 3000 RM beteiligen an gut eingef. Verbandsgefäß in tägl. Bedarfsartikeln mit sehr zahlreicher, fester Kundschaft. Das- selbe befindet sich im Einfam.- Haus mit Zentralheizung in ruhiger, staubfreier Höhenlage schöner Rheinstraße. Wohnung mit voller, guter Verpflegung. Alles Nähere nach Vereinbarung. Angebote an die Geschäftsst. d. Bl. unter A 2001.

Heidschnuckenlammfleisch

Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch 8,50 Mk. einschl. Porto und Verpackung gibt ab die

Arbeiter-Kolonie, Freilicht, Kr. Sulingen (Prov. Han.)

Qualitäts - Matratzen

In verschiedenen Füllungen wie

Roßhaar, Kapok, Alpengras mit Haarauflage, Alpengras

„Original Schlaraffia“

Polsterei Ordelheide, Bielefeld

Kreuz Str. 43

Bethel.

— Christl. Verein jg. Mädchen. Montag abend: Turnen. Dienstag 8 Uhr: Bethelgruppenabend, jüngere Abteilung, im Gruppenaal. — Weltbundesgebetswoche. Jeden Abend 1/9 Uhr Gebetsstunde im Vereinsaal für alle Mitglieder.

— Christlicher Verein junger Männer.

Jeden Montag 8 1/2 Uhr Männerchor in „Ephrata“.

— Missionsnähverein. Zu dem am Mittwoch, 11. Nov., 1/4 4 Uhr im Großen Hospiz stattfindenden Missionsnähern ladet herzlich ein L. Trittelwitz.

— Geldschein in Ophir gefunden. Abzuholen an der Kasse bei Fräulein Möller.

Ophir.

Anzeigen aus Bethel.

Dienstag, den 10., und Mittwoch, den 11. November, veranstalten wir im großen Saale des Hauses Gosen eine Ausstellung in vorgezeichneten Handarbeiten und laden zur Besichtigung herzlich ein.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.